

Frauenquoten

Helvetia ruft. Leider auch in die Wüste.



Parteipräsidentin Marianne Binder-Keller.

Tatort kürzlich im Club des Schweizer Fernsehens. Er drehte sich um die Frauenfrage im Bundesrat. Paritätisch eingeladen war die Politik mit einer Politikerin und einem Politiker. Des Weiteren drei «Sachverständige». Zwei davon Männer. Ungeachtet dessen, dass längst auch Frauen Kommunikations-spezialistinnen sind, Politikbeobachterinnen oder Publizistinnen, verstehen Männer offenbar immer noch doppelt so viel von allem, sogar wovon es um Frauen geht. Überhaupt hat man im Leutschenbach an den Herren geradezu den Narren gefressen, auch die einladenden Damen. Beispiel gefällig? In die letzten 9 Clubsendungen lud SRF im gesamten 41 Männer ein und 12 Frauen! In die letzten 9 Arenasendungen 32 Männer und 10 Frauen!

Wohlverstanden, von mir aus kann die Runde auch einmal aus sieben Männern bestehen, oder sieben Frauen, wie bald einmal auch der Bundesrat. Ich halte nichts von Quoten. Wer anderen eine Quote gräbt, fällt selbst hinein. Und wie die Revolution die eigenen Quotenkinder mit gnadenlosen Bissen im Gewissen frisst, tut einem momentan beinahe leid. Das Geschlecht, die biologische Prädestination, wie man das dialektisch geschult, argumentativ in die eigenen Karrierewünsche quetscht, das erkennen auch die sich verrannten Frauenquotenweiberhelden, ist kein Programm. Und richtig: Frausein schon gar nicht.

Doch mich ärgert der Widerspruch. Den Parteiverantwortlichen werden seit Tagen und Wochen die Mikrofone unter die Nase gehalten, um ihnen Bekenntnisse zu reinen Frauentickets bei den Bundesratswahlen abzurufen. Auf allen Kanälen ist keine Frage so präsent wie diejenige nach besserer Frauenförderung in der Politik. Dort aber, wo man Frauen idealerweise selbst fördern könnte, nämlich auf den wichtigen Plattformen desselben Mediums, lässt man sie wie die Moten das Scheinwerferlicht umschwärmen, das vor allem die Männer beleuchtet.

Das ist einfach scheinheilig! Wie bitte gedeiht man Frauen Förderung an, wenn man sie nicht beachtet? Auch wenn ich bei der Arena noch ein wenig Verständnis aufbringe – sie setzt die politische Debatte in den Fokus, und im nationalen Parlament sind nun einmal mehr Männer als Frauen – ist es dann nicht nachvollziehbar, wenn wir generell in unseren Berufen und Fachbereichen als Spezialistinnen, als Expertinnen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, als Ärztinnen, Juristinnen, Jugendarbeiterinnen, Seelsorgerinnen, Wis-

senschaftlerinnen, Familienmanagerinnen, Unternehmerinnen, Bäuerinnen, Erziehende, Auszubildende, Autorinnen, Politikerinnen, etc. etc. dreimal weniger auf dem Ticket sind. Ein noch extremeres Verhältnis bietet sich, nebenbei bemerkt, auch auf den Podien des Aargauischen Zentrums für Demokratie. Wir kommen kaum vor.

Nochmals: Ich halte nichts von staatlich aufgedrückten Quoten. Die Quote schaffen wir selbst, indem wir uns zur Wahl stellen und wählen gehen und aktiv an Abstimmungen teilnehmen. Aber auch, indem wir uns wehren. Wer ertrötzt sich schon gerne das Mikrofon und drängt sich hervor? Aber wir müssen raus aus der Bequemlichkeitszone. Denn wer nichts unternimmt, mit dem wird unternommen. Männer wissen das besser. Vorwerfen kann man es ihnen nicht.

60 Prozent aller Frauen stimmen und wählen wie noch vor 80 Jahren, nämlich gar nicht. Das können wir nur selber ändern. Ich finde, wenn Helvetia uns bei den Wahlen ruft, muss sie uns selber hören. Und das tut sie auf ihrem öffentlich-rechtlichen Sender, den wir Frauen schliesslich mitfinanzieren. Also wollen wir auch angemessen vorkommen. Wenn SRF nicht merkt, was angemessen heisst, dann geben wir gerne Nachhilfe in Angemessenheit und setzen bei Begriffsstutzigkeit Druck auf mit einer Petition. Arbeitstitel: «Dreimal mehr Männer als Frauen sind dreimal mehr als genug» oder «Helvetia ruft. Bei SRF in die Wüste». Wetten, es hilft!

Marianne Binder-Keller,
Parteipräsidentin und Grossrätin

Retten wir unser Gesundheitssystem!

Wir haben ein Problem in der Schweiz. Die Kosten unseres Gesundheitssystems laufen komplett aus dem Ruder. Seit 1996 sind die Krankenkassenprämien um das 2,5-fache gestiegen – bei praktisch gleich bleibenden Löhnen. Die Prämienexplosion reisst ein immer grösseres Loch in die Haushaltsbudgets – und ein Ende ist nicht absehbar.

Die Akteure im Gesundheitswesen haben versagt. Die Experten sind sich nämlich einig: In der Gesundheitsversorgung können jährlich unnötige Kosten in der Höhe von 20% bzw. 6 Milliarden Franken ohne Qualitätseinbussen eingespart werden.

Wir wollen mit unserer Initiative einen klaren Auftrag an die Akteure im Gesundheitswesen erteilen: Steigen die Kosten jährlich stärker als die Löhne, muss der Bund zusammen mit Kantonen, Krankenkassensicherern und den Leistungserbringern zwingend Kostensenkungsmassnahmen durchsetzen.

Die CVP nimmt also alle Akteure des Gesundheitswesens in die Pflicht und bremst so das Wachstum der Gesundheitskosten endlich wirksam.

Am 20. Oktober haben wir an unserer Delegiertenversammlung in Luzern die Unterschriftensammlung für die Kostenbremse-Initiative gestartet. Nun haben wir die Aufgabe, 100'000 Unterschriften zu sammeln. Eine riesige, angesichts des Problems aber trotzdem lösbare Aufgabe – die Leute unterschreiben gerne. Bedingung ist aber, dass wir die Leute erreichen. Und dafür müssen wir auf der Strasse präsent sein. Ich danke Ihnen allen dafür, dass Sie in den nächsten Monaten an Standaktionen, in der Familie, in Ihrem Umfeld bei jeder Gelegenheit Unterschriften sammeln. Retten wir unser Gesundheitssystem!

Stefan Müller-Altermatt,
Nationalrat SO und Verantwortlicher
Kostenbremse-Initiative CVP Schweiz

Selbstbestimmungsinitiative gefährlich für Schweizer Wirtschaft

Für die Schweiz wäre die generelle Diskreditierung des Völkerrechts ein Armutszeugnis. Eine Annahme der Selbstbestimmungsinitiative (SBI) gefährdet gegen 5000 völkerrechtliche Verträge, schränkt den Verhandlungsspielraum der Schweiz massiv ein, macht die Schweiz wirtschaftlich zu einer unglaublichen Vertragspartnerin und degradiert sie bei der Ausarbeitung von internationalen Verträgen zur Beobachterin.

Die Selbstbestimmungsinitiative will den Vorrang des Verfassungsrechts gegenüber dem Völkerrecht verankern und die Behörden verpflichten, der Verfassung widersprechende völkerrechtliche Verträge anzupassen oder diese nötigenfalls zu kündigen. Ein absoluter Vorrang von Verfassungsrecht schiesst jedoch übers Ziel hinaus. Dieser würde den Handlungsspielraum von Bundesrat und Parlament massiv einschränken.



Alfons Paul Kaufmann erklärt, warum die SBI abgelehnt werden muss.

Völkerrecht gefährdet

Wird die Initiative angenommen, sind sämtliche völkerrechtlichen Verträge gefährdet. Das Völkerrecht ermöglicht dem Kleinstaat Schweiz, als gleichberechtigtes Mitglied der Staatengemeinschaft aufzutreten und Beziehungen zu anderen Staaten rechtsverbindlich zu gestalten. Bei der Ausarbeitung von internationalen Verträgen sitzt die Schweiz mit am Tisch und unterzeichnet diese nur, wenn ihre Interessen darin angemessen berücksichtigt werden. Wir sind darauf angewiesen, dass sich internationale Beziehungen nicht auf die wirtschaftliche oder militärische Macht, sondern auf gemeinsam akzeptierte Regeln stützen. Zudem können auch alle bereits geschlossenen Verträge rückwirkend gekündigt werden.

Wirtschaft braucht völkerrechtlichen Rahmen

Für die exportorientierte Wirtschaft sind internationale Verträge und Rechtssicherheit existentiell. Dieser völkerrechtliche Rahmen verschafft schweizerischen Unternehmen einen gesicherten Zugang zu ausländischen Märkten und macht die Schweiz attraktiv für ausländische Firmen, die sich in der Schweiz ansiedeln möchten. Mit der Initiative wird die Schweiz zur unglaublichen Vertragspartnerin, da internationale Verträge nur solange gelten, wie sie verfassungskonform sind. Durch die Globalisierung, welche an der Landesgrenze nicht aufhört, haben wir uns in den verschiedensten Gebieten im Ausland profiliert. Diese bedingt aber auch Kompromisse sowie einheitliche und verbindliche Rechtssysteme über die Länder hinaus. Die Initiative gefährdet unsere Exportwirtschaft, unseren wirtschaftlichen Erfolg und unseren Wohlstand. Sie ist darum klar abzulehnen.

Alfons Paul Kaufmann,
Grossrat, Vizepräsident CVP Aargau

Parolenspiegel

Eidgenössische Vorlagen

Hornkuh-Initiative	NEIN
Selbstbestimmungsinitiative	NEIN
Versicherungsdetektive	JA

Kantonale Vorlagen

Initiative «JA! für euse Wald»	NEIN
Ständeratswahlrecht	
AuslandschweizerInnen	JA

Für Fairplay in den Sozialversicherungen – gegen Sozialmissbrauch



Ruth Humbel referiert über die Sozialdetektive.

Das Gesetz regelt die bewährte Observationspraxis und wirkt präventiv gegen Sozialmissbrauch. Wer Missbrauch schützt, schadet Menschen mit IV/UV-Renten und gefährdet die Solidarität.

Mit der Einführung der 5. IV-Revision 2009 standen den IV-Stellen Observationsmöglichkeiten mit Bild- und Tonaufzeichnungen zur Verfügung sowie vereinzelt GPS-Tracker, um eine Person orten zu können. Die IV-Stellen nutzten diese Möglichkeiten

bei Missbrauchsverdacht mit grosser Zurückhaltung (bei 0,1% aller Rentenbeziehenden). Die Erfahrung zeigt, dass Ärzte an ihre Grenzen stossen, wenn sie von Versicherten und deren Umfeld mit unwahren Angaben zur Anamnese in die Irre geführt werden. Zur Illustration zwei bundesgerichtlich beurteilte Fälle:

– Diagnostiziert wurde eine inkomplette Tetraplegie; Fortbewegung in der Öffentlichkeit mittels Rollstuhl. Die Observation zeigte, wie der Versicherte Bäume schnitt sowie mit Schaufel und Pickel arbeitete.

– Gemäss eigenen Aussagen des Versicherten ist sein Alltag ein «schmerzvolles Dahinvegetieren» und «leidensersfülltes Leben zwischen Bett und Sofa». Tatsächlich konnte er ohne ersichtliche Einschränkungen Auto und Harley Davidson fahren.

Im Oktober 2016 kritisierte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem Fall der Unfallversicherung das Fehlen von präzisen und detaillierten gesetzlichen Grundlagen für Observationen. Mit dem vorliegenden Gesetz werden die Voraussetzungen, Instrumente, Dauer sowie die Information Betroffener gesetzlich geregelt. Entgegen der breit bewirtschafteten

Empörung baut das neue Gesetz Überwachungsmöglichkeiten nicht aus, sondern schränkt die bisherige Praxis ein.

Abstrus ist die Behauptung, dass Versicherungsdetektive mehr Möglichkeiten hätten als die Polizei und der Geheimdienst. Observationen gemäss Strafprozessordnung lassen rund um die Uhr-Überwachung von Telefon, Handy, Mail und Internetanschluss zu. Diese Möglichkeiten stehen den IV-Stellen und Versicherungen richtigerweise nicht zur Verfügung.

Ein Foto von der Strasse in den Garten ist zwar ein Eingriff in die Privatsphäre, aber er liegt im öffentlichen Interesse, wenn Versicherungsmissbrauch nur dadurch aufgedeckt werden kann. Gerade zum Schutz der Menschen, welche auf eine Rente angewiesen sind, braucht es griffige Instrumente zur Aufdeckung von unrechtmässigem Leistungsbezug.

Das Gesetz schafft die gesetzliche Grundlage für eine bewährte Praxis. Nicht mehr und vor allem nichts Neues. Deshalb JA zu Fairplay in den Sozialversicherungen.

Ruth Humbel, Nationalrätin

Aargauische Volksinitiative «JA! für euse Wald» vom 14. Februar 2017

Nein zur Initiative ist kein nein für den Wald

Die Initiative «Ja! für euse Wald» verlangt eine Erhöhung der Kantonsbeiträge für zweckgebundene Waldleistungen von heute 5 auf 16 Mio Franken. Der Wald ist unbestritten eine wichtige Ressource, aber diese Forderung ist überrissen. Die Regierung setzt Vorstösse aus dem Grossen Rat um und will Waldbesitzern für den Unterhalt 2.5 Mio Fr. mehr bezahlen – dies als indirekter Gegenvorschlag zur Initiative.

Die Volksinitiative «Ja! für euse Wald» verlangt, dass die durch Waldbesitzer erbrachten Leistungen zu Gunsten der Allgemeinheit durch den Kanton abgegolten werden. Gemäss der Argumentation des Initiativkomitees würden sich die Kosten dieser Leistungen nicht mehr durch die Erlöse aus dem Holzverkauf abdecken lassen. Um im Wald den Schutz, die Holzproduktion, die Biodiversität und die Erho-

lung nachhaltig sicherzustellen, brauche der Wald finanzielle Unterstützung. Die Initiative fordert deshalb, dass die jährlichen kantonalen Abgeltungen mindestens 25 Franken pro Kantonseinwohnerin und -einwohner betragen sollen.

Der Regierungsrat und die Mehrheit des Grossen Rates empfehlen die Initiative zur Ablehnung. Die geforderte pro Kopf Pauschale ist hier nicht zielführend. Die Bedürfnisse der Bevölkerung an «ihren» Wald sind in ländlichen Gebieten anders als in urbanen Teilen des Kantons. Leistungen für den Erholungsraum sollen daher auf kommunaler Ebene vereinbart und durch die Gemeinden finanziert werden. Zwei Drittel des Aargauer Waldes ist im Besitz von Ortsbürgergemeinden, zu deren Kernaufgaben die nachhaltige Waldnutzung und -pflege gehört. Schon heute entschädigen politische Gemeinden zu-

sätzlich vereinbarte Erholungsleistungen. Die Initiative «Ja! für euse Wald» tönt gut, ist gut gemeint aber nicht zielführend und daher abzulehnen.

Michael Wetzel, Grossrat



Grossrat Michael Wetzel erläutert die Initiative «Ja! für euse Wald».

Der Markt und nicht der Staat soll Hörner fördern

Hörner sind schön, können aber auch schön gefährlich sein. Mit der Hornkuh-Initiative soll die Förderung behörnter Tiere in die Verfassung aufgenommen werden. Hier lesen Sie, was man über die Hörner wissen muss und weshalb der Autor findet, dass der Markt und nicht der Staat den Mehraufwand abgelden muss.

Das Aufstallungssystem hat sich in den letzten Jahrzehnten von der klassischen Anbindehaltung hin zu Freilaufställen entwickelt. Wenn sich die Kühe im Laufstall frei bewegen können, nimmt die Verletzungsgefahr durch Hornstösse bei Mensch und Tier zu. Das hat dazu geführt, dass über 90% der Kühe keine Hörner mehr haben, im Aargau dürften es noch bedeutend mehr sein. Die Hörner werden aber nicht abgesägt, wie das teilweise vermittelt wird, sondern bei den Kälbern

in den ersten drei Lebenswochen nach erfolgter Betäubung die Hornansätze ausgebrannt.

Je länger je mehr gibt es auch genetisch hornlose Tiere oder hornlose Rassen, wie etwa Galloway, Angus oder Hereford. Wer sich für behörnte Kühe entscheidet, muss den Stall grösser bauen, damit sich die Tiere weniger in die Quere kommen. So wird etwa ein doppelt so grosser Laufhof empfohlen oder eine um 20 bis 40% grössere Fressplatzbreite. Die grösseren Flächen führen zu grösserem Bodenverbrauch und zu höheren Ammoniakemissionen, was aktuell höchst umstritten ist. Um das Unfallrisiko mit Hörnern zu minimieren, wird das Wachstum der Hörner mit Hornführer so geführt, dass diese nach hinten wachsen. Ganz ohne menschliche Eingriffe geht es auch hier nicht. Ich bin der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist, die Förderung



Ralf Bucher und seine Kühe.

von behörnten Tieren in die Verfassung zu schreiben. Viele Leute wollen aber behörnte Tiere, weshalb ich überzeugt bin, dass es beispielsweise für «Hornkuhmilch» einen Markt gibt, welcher die höheren Investitionen abgelden würde. Der Markt und nicht der Staat soll es richten.

Ralf Bucher, Grossrat

Initiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen»

Vielen Dank für die Unterstützung bei der Unterschriftensammlung!

Seit 1996 sind die Krankenkassenprämien um das 2.5-fache gestiegen – bei praktisch gleich bleibenden Löhnen. Die Behörden und die Akteure im Gesundheitswesen haben versagt. Darum braucht es den Druck unserer Volksinitiative für eine Kostenbremse im Gesundheitswesen!

Laut Experten können heute 20% oder 6 Milliarden Franken der Gesundheitskosten ohne Qualitätsverlust eingespart werden: Übertherapie, Medikamentenverschwendung, wirtschaftliche Interessen

an unnötigen Behandlungen, überteuerte Medikamente, Ineffizienz und falsche Anreize sind die Hauptursachen der Prämienexplosion. Die Kostenbremse-Initiative der CVP verlangt, dass Bundesrat, Bundesversammlung und Kantone eingreifen müssen, wenn die Gesundheitskosten, im Vergleich zu der Lohnentwicklung zu stark steigen.

Die CVP Schweiz erwartet aus dem Aargau fast 14 000 Unterschriften. Wir sind auf Ihre Hilfe angewiesen. Bestellen Sie beim



Kantonalsekretariat (Tel. 056 222 97 97, info@cvp-aargau.ch) Unterschriftenbogen und Flyer! Vielen Dank für Ihre Unterstützung bei der Unterschriftensammlung.

Barbara Totzke,
Leiterin Kantonalsekretariat



Kreative CVP-Ideen von Iris Bachmann.

CVP-Oskar

And the CVP-Aargau-OSKAR goes...

to Iris Bachmann

für ihr grosses kreatives Potential, das sie für die CVP einsetzt. Iris Bachmann besitzt ein eigenes Stoffatelier in Lenzburg. Es heisst Gufechnopf und hat einen hochpro-

fessionellen Onlineauftritt gufechnopf.ch, der zum Stöbern einlädt. Ihre Ideen scheinen unerschöpflich. Wir freuen uns sehr, dass wir immer wieder davon profitieren können, wenn es um Gadgets für die CVP geht. Im Bild ein kleines Beispiel.

Auslandschweizer sollen im Aargau auch Ständeräte wählen dürfen



Grossrätin Edith Saner, Birmenstorf.

Wie bereits in 12 Kantonen geregelt, soll es im Kanton Aargau den rund 9300 stimmberechtigten Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern ermöglicht werden, an den Ständeratswahlen – sowohl aktiv wie passiv – teilzunehmen.

Dazu sollen die Kantonsverfassung entsprechend angepasst sowie das Gesetz über die politischen Rechte ergänzt werden. Die Auslandschweizer-Organisation (ASO) war mit dem berechtigten Anliegen

an den Regierungsrat herangetreten, dass Auslandschweizer künftig nicht nur die Mitglieder des Nationalrates, sondern auch die zwei Mitglieder des Ständerats wählen können. Der Grosse Rat stimmte der Änderung der Kantonsverfassung zu. Die CVP hat die Vorlage von Beginn an unterstützt. Es gibt aus unserer Sicht keine Gründe, die gegen diese Gesetzesänderung sprechen.

Edith Saner, Grossrätin

Café Fédéral in Mühlau

Energiestrategie 2050 – wo stehen wir?

Am sehr gut besuchten Café Fédéral, organisiert durch die CVP Bezirk Muri und die CVP Mühlau, referierten Bundesrätin Doris Leuthard, Grossrat Ralf Bucher und Urs Giger, GDC Urs Giger GmbH zur Energiestrategie 2050.

Sparpotenzial sieht Doris Leuthard bei der Beleuchtung. Derzeit liegt der Stromverbrauch bei rund 12%. Ihr ehrgeiziges Ziel: Eine Halbierung auf 6%, was eine eingesparte Menge entsprechend der Jahresleistung des Atomreaktors Beznau II ergeben würde. Bei der Photovoltaik ist eine erfreuliche Entwicklung zu beobachten, hingegen herrscht Flaute bei der Windenergie. Der Widerstand in der Bevölkerung ist spürbar. Für den schrittweisen Atomausstieg werden jedoch dringend Alternativen benötigt: «Einheimisch ist besser als importiert, erneuerbar besser als

fossil!», so das Credo von Doris Leuthard. Ralf Bucher informierte über das kantonale Energiegesetz und beruhigte gleichzeitig die Hausbesitzer, dass sie auch weiterhin mit Öl heizen können. Die CVP versucht Anreize zu schaffen, keine Steuer auf Strom aus Photovoltaikanlagen zu erheben. Eine umstrittene Vorlage, die mehrheitsfähig sein muss, da sie garantiert vors Volk kommen wird.

Urs Giger, Tüftler und Erfinder im Bereich erneuerbarer Energien, entführte uns in die Welt seiner Windturbine. Diese ist auf dem Masten aufklappbar, um Revisionsarbeiten zu erledigen. Teure und ökologisch Transporte werden so umgangen. Leider ist erst ein Prototyp vorhanden.

Ständeratskandidatin Marianne Binder-Keller überbrachte Grussworte und meinte, wenn sie sehe, wie viele Leute an den



Frauenpower am Café Fédéral: Marianne Binder, Franziska Stencio und Doris Leuthard.

Anlass gekommen seien, habe sie keine Angst um die CVP.

Nach dem energiegeladenen Morgen erwartete alle ein feines CVP-Risotto aus dem orangen Wahlkampfbus.

Franziska Stencio, Präsidentin Bezirkspartei CVP Muri

Herbstmarkt Rheinfelden Risotto-Beiz

Beliebte CVP-Risotto-Beiz am Herbstmarkt Rheinfelden

Die CVP Bezirk Rheinfelden hat zum ersten Mal am Herbstmarkt Rheinfelden mit einer Risotto-Beiz teilgenommen. Unsere Gäste wurden mit feinen Risotto-Variationen verwöhnt, die Chefkoch Alfons Kaufmann, Grossrat und Bezirkspräsident, auf ihren Teller zauberte. Auch der lokale Wein der Familie Frey vom Görbelhof war sehr beliebt und passte hervorragend zu unserem Angebot.

Die CVP-Risotto-Beiz fand grossen Anklang, was uns bei unserer Premiere besonders

freute. Serviert wurden drei verschiedene Risotti: ein orangefarbenes CVP-Gemüse-Risotto mit Aargauer Rüebli, ein Parmesan-Risotto, direkt aus dem Parmesanlaib geschöpft und unser Hit: ein Steinpilz-Saffran-Risotto. Als Unterstützung kam unsere Ständeratskandidatin und Parteipräsidentin Marianne Binder vorbei und bediente mit viel Freude unsere Gäste. Die CVP möchte sich zudem herzlich bei Anita und Ruedi Vogel für die Benützung ihrer gut gelegenen Scheune bedanken. Dieser schöne Stand-

ort hat viel zum gemütlichen Ambiente beigetragen. Ein herzliches Dankeschön gilt ebenfalls unserem tollen und aufgestellten Team, das wesentlich zu einem erfolgreichen Gelingen beigesteuert hat. Ein solcher CVP-Anlass ist nicht nur gut für das Image nach aussen, sondern fördert auch den Zusammenhalt innerhalb der Partei. Gerne sind wir 2019 wieder mit dabei!

Sandra Frei-Struchen, Mitglied Parteileitung Bezirk Rheinfelden



CVP-Risotto-Team vor der Scheune im Maiengässli.

Agenda

20. November 2018

Gönneranlass CVP Aargau



25. November 2018

Volksabstimmungen

6. Januar 2019

Bezirkspartei Bremgarten: Dreikönigsanlass

12. Januar 2019

Bezirkspartei Rheinfelden: Neujahrsanlass

16. Januar 2019

CVP Aargau: Parteitag

26. Januar 2019

CVP Schweiz: Delegiertenversammlung

SAVE THE DATE

14. März 2019

Nomination Nationalratskandidierende

15. bis 19. Mai 2019

CVP-Reise in die Champagne

Die Termine finden Sie unter <http://www.cvp-aargau.ch/events>

AZB
5000 Aarau

**Haben Sie eine neue Adresse?
Oder wollen Sie uns einen Beitrag
schicken?**

**Schreiben Sie uns auf
info@cvp-aargau.ch**

Herausgeber

CVP Aargau,
Mitgliederzeitschrift der CVP Aargau

Erscheinungsweise

4–5× jährlich

Jahresabonnement

Fr. 40.–

Auflage

7650 Exemplare

Administration

Sekretariat CVP Aargau,
Laurenzenvorstadt 79, 5000 Aarau
Tel. 056 222 97 97

E-Mail

info@cvp-aargau.ch

Gestaltung, Satz und Druck

Bürli AG, Döttingen